

MBSJ
23.11- 72031

Datum: 3. Dezember 2018
Bearbeiter: David Grave
☎: +49 331 866-3772

**Protokoll
über die 17. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit**

Sitzungstermin: 03.12.2018

Sitzungsort: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Haus 1, Raum E. 34)

Sitzungsleitung: Herr Kostrewa (Vorsitzender)

Protokollführung: Herr Grave (Geschäftsstelle LKJA)

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

→ Protokollanlagen:

1. *Teilnahmeliste*

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Der Tagesordnung wird in der am 05.11.2018 versendeten Form grundsätzlich zugestimmt. Aus organisatorischen Gründen wird jedoch verabredet, TOP 8 vor TOP 3 zu behandeln.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 24.09.2018

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Zum Protokoll der letzten Sitzung vom 24.09.2018 gibt es seitens der Anwesenden keine Anmerkungen (24 ja/00 nein/00 Enthaltung).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Zu 3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

BE: Frau Friedrich

Frau Friedrich berichtet, dass der UA zuletzt am 09.11.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Fortführung der sozialen und ökologischen Freiwilligendienste ab dem Jahr 2020
- Diskussion zum Positionspapier „Kinderarmut“

Zu 3.2 Kindertagesbetreuung

BE: Frau Schiefelbein

Frau Schiefelbein berichtet, dass der UA zuletzt am 23.11.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- „Gute-Kita-Gesetz“
- Ausblick auf den Fachtag „Weiterentwicklung des Kindertagesbetreuungsrechts in Brandenburg“ am 05.12.2018 im Rahmen der Initiative „Aufwachsen in Brandenburg“
- Antrag des Landesverbandes für Kindertagespflege Brandenburg auf öffentliche Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe
- Empfehlung zur Umsetzung der Elternbeitragsfreiheit
- Musterbeitragsatzung
- Fortsetzung der Befassung mit dem Thema „Kinderarmut“
- Neue Mitgliedschaften im UA
- Arbeitsschwerpunkte 2019

Zu 3.3 Hilfen zur Erziehung

BE: Herr Decker

Herr Decker berichtet, dass der UA zuletzt am 19.10.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Diskussion über die Frage nach dem Vorhalten genügend geeigneter individueller Hilfeangebote für individuelle Unterstützungsbedarfe unter Einbeziehung des Berichtes vom ersten interdisziplinären Fachaustausch mit den Kinder- und Jugendpsychiatrien am 18.10.2018 → Herr Tölke äußert die Bitte, der LKJA solle sich hierzu positionieren
- Befassung mit dem Entwurf der geänderten *Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)*
- 3. Dialogforum des MBSJ zur Beteiligung in den Erzieherischen Hilfen: Gründung eines neue Kinder- und Jugendhilferates

Zu 3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

BE: Frau Uhlworm

Frau Uhlworm berichtet, dass der UA zuletzt am 15.11.2018 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Überarbeitung der Thesen zum Thema „Kinderarmut“

- „Leitlinien zur geschlechtergerechten Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (§§ 11-14 SGB VIII) für das Land Brandenburg“
- Initiative „Aufwachsen in Brandenburg“
- Neueinführung des § 18a BbgKVerf
- Fachkräftemangel

Weitere Verabredungen:

Es wird verabredet, Vertreter/-innen des neu gegründeten Landes-Kinder- und Jugendhilferates zu einer der nächsten Sitzungen des LKJA einzuladen

TOP 4: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG

BE: Herr Friedel (MBJS), Herr Kostrewa, Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen:

2. *Stellungnahme des Landes-Kinder- und Jugendausschuss zu den Empfehlungen zur Umsetzung des Gesetzes zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas*
3. *Benehmensherstellung mit dem Landes-Kinder- und Jugendausschuss gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG*

Gesprächsinhalte:

zu 4.1. Information zum Vorstandsbeschluss zu den Empfehlungen zur Umsetzung des Gesetzes zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit in Kitas:

Frau Schiefelbein informiert über das bisherige Verfahren, die wesentlichen Inhalte Empfehlungen sowie die Diskussion im UA Kindertagesbetreuung (siehe TOP 3.2). Daran anschließend werden Kritikpunkte des UA vorgestellt, auf deren Grundlage der Vorstandsbeschluss erstellt werden konnte (siehe Protokollanlage 2).

Herr Westphal konkretisiert anschließend nochmals das zentrale Ziel der Empfehlungen: die Vereinheitlichung der Verfahren in den Landkreisen. Eine Entscheidung, ob das MBJS dem Vorschlag folgt, sei bislang noch nicht abschließend getroffen.

Frau Schlüter erklärt, dass die Empfehlungen aus Sicht des Landkreistages nicht hilfreich erscheinen. Die Empfehlungen würden nicht den gesetzlichen Grundlagen entsprechen. Daher spräche man sich für eine Neuarbeitung aus, die auch die Sicht der Praxis beinhalte.

zu 4.2. Information zum Vorstandsbeschluss zur Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK):

Herr Decker informiert über das bisherige Verfahren, die wesentlichen Inhalte der geänderten Richtlinie sowie die Diskussion im UA Hilfen zur Erziehung (siehe TOP 3.3).

Daran anschließend werden Kritikpunkte des UA vorgestellt, auf deren Grundlage der Vorstandsbeschluss erstellt werden konnte (siehe Protokollanlage 3).

zu 4.3. Richtlinie zur Förderung der Schulsozialarbeit:

Herr Kostrewa erklärt, dass das Benehmen kurzfristig nicht hergestellt werden kann. Der Entwurf der Richtlinie wurde dem Ausschuss nicht mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf übermittelt, die Möglichkeit einer Befassung im Unterausschuss war somit nicht gegeben. Es wird verabredet, dass der Vorstand des LKJA sich kurzfristig zum weiteren Verfahren abstimmt.

Abschließend verdeutlichen die Anwesenden die Notwendigkeit eines Entscheidungs-Primats auf Seiten der Jugendhilfe. Die Schulämter könnten lediglich Bedarfe benennen.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 5: Information zur Verlängerung der ESF-Richtlinie „Türöffner“

BE: Frau Wlodarczyk (MBSJ)

→ Protokollanlagen: Richtlinie

Gesprächsinhalte:

Frau Wlodarczyk informiert die Anwesenden über die Verlängerung der Richtlinie. Abgesehen von einer wesentlichen Änderung – die Erweiterung der Zielgruppe um die Schüler/-innen der vollzeitschulischen Ausbildung – soll die Richtlinie wie bisher fortgeführt werden. Konkrete Ziele der Förderung sind:

- Die Verbesserung der sozialen und personalen Kompetenzen sowie der Ausbildungsfähigkeit von Auszubildenden in der Berufsschule und Jugendlichen in den Bildungsgängen BFS-G und BFS-G Plus. Dieses Ziel soll insbesondere mit der Durchführung von „OSZ-Projekten“ erreicht werden.
- Die Verbesserung der Information über regionale Angebote am Übergang Schule-Beruf für Jugendliche und Betriebe sowie die verstärkte Vernetzung regionaler Bildungs- und Beratungsangebote.

Frau Wlodarczyk erklärt, dass die flächendeckende Platzierung der Angebote an allen OSZ aufgrund der schwierigen Personalakquise zunächst schwierig war. Mittlerweile seien aber alle lokalen Koordinierungsstellen besetzt und eine grundsätzlich positive Entwicklung zu vermerken.

Im Anschluss erfragen die Anwesenden Details zur Finanzierung. Zur Umsetzung stehen insgesamt 16,7 Euro zur Verfügung (80 % aus Mitteln des ESF/20 % aus Landesmitteln).

Weitere Verabredungen: Die Anwesenden sprechen sich für die Thematisierung weiterer schulischer Themen – soweit nicht innerorganisatorischer Art – im LKJA aus.

TOP 6: Öffentliche Anerkennung als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe – Landesverband für Kindertagespflege Brandenburg

(Vorlage Nr. 45-17/18)

BE: Frau Schiefelbein

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Frau Schiefelbein informiert die Anwesenden über den Landesverband, das bisherige Anerkennungsverfahren, sowie die Entscheidungsgenese im Unterausschuss Kindertagesbetreuung.

Die Anwesenden empfehlen dem MBS die Anerkennung des Landesverbandes für Kindertagespflege Brandenburg als landesweiter Träger der freien Jugendhilfe (19 ja/00 nein/01 Enthaltung).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 7: Umsetzung der Evaluation „Leitlinien zur geschlechtergerechten Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (§§ 11-14 SGB VIII) für das Land Brandenburg“

(Vorlage Nr. 46-17/18)

BE: Frau Uhlworm

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Kostrewa erklärt, dass der Vorstand des LKJA den Anwesenden im Vorfelde eines möglichen Beschlusses eine Befassung im UA Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz empfiehlt.

Frau Uhlworm ergänzt im Folgenden kurz die Genese der Leitlinien und verweist auf die Notwendigkeit zur Evaluation.

Dem Vorschlag des Vorstandes wird gefolgt (10 ja/02 nein/07 Enthaltungen).

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 8: Austausch zur Neueinführung des § 18a BbgKVerf - Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen

Gast: Herr Ringler, Frau Stephan

→ Protokollanlagen:

4. Präsentation „Beteiligung in Brandenburg“

5. Kurzbericht zur Umsetzung des §18a BbgKVerf im LKJA am 03.12.2018

Gesprächsinhalte:

Herr Ringler und Frau Stephan stellen den Anwesenden den ggw. Sachstand der Umsetzung vor. Ihrer Erfahrung nach lassen sich derzeit drei Typen von Kommunen unterscheiden:

- a. Kommunen, die sich bereits länger mit der Frage von Beteiligung auseinandergesetzt hätten
- b. Kommunen, die sich nunmehr deutlich wahrnehmbar mit der Umsetzung auseinandersetzen
- c. Kommunen, in denen im Zuge der Umsetzung Unsicherheiten entstehen

Das Schreiben des MIK vom 03.08.2018 hat allerdings Wirkung erzielt und wurde durch Rechtsämter verteilt.

Derzeitige Unsicherheiten bestehen hinsichtlich:

- des objektiven Normgehalts
- der kurzen Umsetzungsfrist von 6 Monaten
- die Dokumentationspflicht
- die Sorge vor Klagen durch Jugendliche
- die Kommunalaufsicht

Folgend wird auf ein Rundschreiben des Städte- und Gemeindebundes vom 16.08.2018 hingewiesen, das verschiedene Umsetzungsempfehlungen beinhalten würde.

Die Vortragenden erklären, dass es Ihrer Auffassung nach bislang wenige Erfahrungen mit dem Prinzip der Beteiligung gibt. Daher wird ein hoher Bedarf an Beratung und Prozessbegleitung gesehen. Ferner seien auch Kinder und Jugendliche bislang nur wenig über ihre neuen Rechte informiert. Die Vortragenden empfehlen, dass Kommunen Themenfelder benennen sollten, an denen sich die Einführung von Beteiligungsprozessen lohnt. Darüber hinaus wird angeraten Beteiligungssatzungen mit der Notwendigkeit einer Fortschreibung zu entwickeln.

Anschließende Rückfragen der Anwesenden betreffen folgende Aspekte:

- Ausgestaltung eines Begleitprogramms
- Frage nach der Notwendigkeit einer Beratung für die Landkreise
- formaljuristische Umsetzung, Bestellung eines Gutachtens
- Umsetzungsfrist: Ist den Kommunen bekannt, dass es keine 6-Monats-Frist gibt
- Innovationscharakter des Prozesses vs. formaljuristische Umsetzung

Abschließend äußert sich Herr Westphal zu folgenden Aspekten:

- Hinweis auf einen Informationsflyer im Schulbereich, in dem die neuen Beteiligungsrechte thematisiert werden

- Kurze Umsetzungsfrist: Hierzu wurde das MIK angeschrieben, eine Reaktion steht noch aus
- Rechtsgutachten: Das MBSJ bleibt zurückhaltend, sammelt und beobachtet. Mglw. wird zu einem späteren Zeitpunkt geprüft, ob die getroffenen Entscheidungen mit dem Willen des Gesetzgebers einher gehen
- Sorge um Auslastung der Beteiligungsstelle: Bekenntnis, dass die Umsetzung einen längerfristigen Prozess darstellt
- Hinweis auf einen Jour fixe mit den Kommunalen Spitzenverbänden am 10.12.2018, wo die Thematik auf die Tagesordnung gesetzt wurde

Weitere Verabredungen:

Es wird verabredet, die Präsentation als Anlage dem Protokoll hinzuzufügen.

TOP 9: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal (MBSJ)

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal berichtet zu folgenden Themen:

- Sachstand „Gute-Kita-Gesetz“: Herr Westphal erläutert den Verfahrensstand auf Bundesebene und zu den Überlegungen, wie das Gute-Kita-Gesetz in Brandenburg umgesetzt werden könnte. Hierzu befindet sich bereits ein Gesetzentwurf der Regierungsfractionen in der Erarbeitung.
- Haushaltsplanentwurf 2019/2020: Herr Westphal führt aus, dass die Abt. 2 künftig, insbesondere im Bereich der Aufsichtsaufgaben personell verstärkt wird. Darüber hinaus erläutert er, welche zusätzlichen Haushaltsmittel für die Förderung und Unterstützung der Kinder- und Jugendhilfe aufgrund der Änderungsanträge im parlamentarischen Verfahren gegenüber dem Regierungsentwurf für den Haushaltsplan voraussichtlich zur Verfügung stehen könnten. Auf ein Förderprogramm zur Ferienbetreuung von Kindern mit Behinderung geht er besonders ein.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 10: Verschiedenes

→ Protokollanlagen: keine

Die Anwesenden erfragen, ob im Zusammenhang mit den Kita-Gebühren eine Anpassung des Staatsvertrages angedacht sei. Herr Westphal erklärt, dass dies kurzfristig nicht geplant sei, zumindest nicht im Rahmen der laufenden Legislaturperiode.

Herr Kostrewa verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:10 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, dem **28.01.2019**, von 14:00 Uhr bis ca. 17:00 Uhr im Haus der Jugend, Schulstraße 9, 14482 Potsdam, statt.

gez. Hermann Kostrewa
Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave
Protokollführer